

## Keine „Blaue Plakette“ für Baufahrzeuge.

- ▶ Verzicht auf die Einführung einer „Blauen Plakette“ für Baufahrzeuge.

## QUALITÄT UND QUALIFIKATION

### Qualität kommt von Qualifikation. Dafür stehen unsere Meisterbetriebe.

- ▶ Die Wiedereinführung der Meisterpflicht für die Gewerke Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Betonstein- und Terrazzohersteller und Estrichleger.

## FINANZ- UND STEUERPOLITIK

- ▶ Einbeziehung von Handwerkerleistungen in das Fördervolumen des § 35a Abs. 2 EStG und einen einheitlichen Fördertatbestand mit einem Fördervolumen von 20.000 Euro.
- ▶ Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer.

## ARBEITSMARKT- UND SOZIALPOLITIK

### Tarifautonomie stärken – AVE von Tarifverträgen sichern.

- ▶ Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.
- ▶ Beschleunigung und rechtssichere Ausgestaltung der AVE-Verfahren.

### Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit effektiver bekämpfen.

- ▶ Fokussierung auf Schwerpunktkriminalität statt Verfolgung von Bagatelverstößen.
- ▶ Erhöhung der abschreckenden Wirkung von Sanktionen.
- ▶ Beseitigung von Vollzugsdefiziten.
- ▶ Absicherungspflicht für Selbstständige.
- ▶ Kein Leistungsanspruch bei der Unfallversicherung für Schwarzarbeiter.

### Ersten Arbeitsmarkt stärken.

- ▶ Abschaffung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- ▶ Einschränkung des Einsatzes von Ein-Euro-Jobbern.
- ▶ Flüchtlinge für den ersten Arbeitsmarkt fit machen.

## RECHTS- UND VERGABEPOLITIK

### Klarer rechtlicher Rahmen schützt faires Verhalten im Geschäftsleben.

- ▶ Keine Verlängerung der Verjährungsfrist für Mängelansprüche bei Bauwerken von bislang 5 auf 10 Jahre.
- ▶ Normierung eines Anspruchs auf angemessene Vorauszahlung im Bürgerlichen Gesetzbuch in Anlehnung an die Regelung in § 16 Abs. 2 VOB/B.
- ▶ Keine Aufweichung des AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr.

## TECHNIK UND NORMEN

### Verwissenschaftlichung von Normen zurückdrängen und Bauwerkssicherheit in den Mittelpunkt stellen.

- ▶ Praxisbezug in der untergesetzlichen Regelsetzung der technischen Ausschüsse durch entsprechende Besetzung der Ausschüsse mit Vertretern der Praxis sicherstellen.
- ▶ Gewährleistung sicherer Bauprodukte für sichere Bauwerke durch den Staat.
- ▶ Beseitigung der sicherheitsrelevanten Mängel der europäisch harmonisierten Bauproduktnormen.

## EUROPAPOLITIK

### Für die Europäische Union gilt: Hände weg vom Meisterbrief.

- ▶ Erhalt der Meisterqualifikation als Voraussetzung für eine Unternehmensgründung im Baubereich.
- ▶ Verteidigung der Regelungskompetenz der Mitgliedsstaaten für Berufsregelungen.
- ▶ Keine Einführung einer Einheitlichen Europäischen Dienstleistungskarte.
- ▶ Keine Einführung des Herkunftslandprinzips durch die Hintertür.

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes  
Kronenstraße 55 - 58, 10117 Berlin  
Tel. 030 20314-0, Fax 030 20314-419  
bau@zdb.de, www.zdb.de

Juni 2017

DAS DEUTSCHE  
BAUGEWERBE



# POLITISCHE FORDERUNGEN DES DEUTSCHEN BAUGEWERBES ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

## KURZFASSUNG

Das Deutsche Baugewerbe steht für 70.000 Betriebe mit rund 800.000 Beschäftigten und 35.000 Lehrlingen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbe ist der größte und älteste Bauverband in Deutschland und repräsentiert das gesamte Spektrum des Baugewerbes.

Entscheidend für uns ist:

### **Bauinvestitionen stabilisieren die Binnenkonjunktur!**

Bauinvestitionen wirken rein binnenwirtschaftlich und fließen nicht ins Ausland ab. Konsumtive Ausgaben haben demgegenüber aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung nur einen begrenzten Effekt für die Binnenwirtschaft. Gerade in Zeiten hoher Handelsbilanzüberschüsse ist die Stärkung der Binnenkonjunktur von großer Bedeutung, um den Wohlstand in Deutschland nachhaltig zu sichern.

### **Bauinvestitionen nutzen dem Mittelstand und sichern Arbeitsplätze!**

Bauinvestitionen kommen der regionalen Wirtschaft vor Ort zugute. Von den gesamten Bauinvestitionen 2012, die von den Produzenten des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes erbracht wurden, entfielen fast 90 % auf das mittelständische Baugewerbe.

### **Bauinvestitionen entfalten eine langfristige Wirkung und schaffen langfristige Werte!**

Ein in die Infrastruktur investierter Euro zieht Folgeinvestitionen von drei bis vier Euro nach sich und schafft damit Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Gleichzeitig profitiert Deutschland von der sanierten Infrastruktur. Eine verbesserte Infrastruktur von Bildungseinrichtungen stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

## **WOHNUNGS- UND STÄDTEBAUPOLITIK**

### **Herausforderungen im Mietwohnungsneubau bewältigen.**

- ▶ Anpassung der Abschreibung an den tatsächlichen Wertverzehr und daher Erhöhung von 2 % auf 3 %.

### **Anreize schaffen, um die Herausforderungen im Wohnungsbestand zu bewältigen.**

- ▶ Verstetigung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms bei rund 2 Mrd. €.
- ▶ Einbeziehung des Ersatzneubaus in die Fördersystematik der KfW.
- ▶ Fortführung und Verstetigung des KfW-Programms „Altersgerechter Umbau“ mit mind. 100 Mio. Euro aus Haushaltsmitteln.

### **Nachhaltige Städtebauförderung unverzichtbar.**

- ▶ Fortführung der Städtebauförderung auf einem Niveau von mindestens 700 Mio. € jährlich.

### **Umsetzung des 10-Punkte-Programms der Baukostensenkungskommission durch Bund, Länder und Kommunen für kostengünstiges Bauen und Wohnen zwingend geboten.**

- ▶ Senkung der Grund- und Grunderwerbsteuern, Bereitstellung von kostengünstigem Bauland durch die Kommunen,
- ▶ keine weitere Verschärfung der energetischen Anforderungen,
- ▶ Einführung technologieoffener Lösungen bei der Zusammenlegung von Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz,
- ▶ Verzicht auf Pkw-Stellplätze,
- ▶ angemessene Nachverdichtung innerstädtischer Bereiche zur Schaffung von Wohnraum.

## **INFRASTRUKTURPOLITIK**

### **Nachhaltig in die Verkehrsinfrastruktur investieren, Planungskapazitäten und effiziente Verwaltungsabläufe schaffen.**

- ▶ Verstetigung der Investitionen in die Bundesverkehrswege (Straße, Schiene, Wasserstraße) bei 14 Mrd. € pro Jahr.
- ▶ Anpassung der Planungskapazitäten auf Bundes- und Landesebene an den Investitionshochlauf.
- ▶ Sachgerechte Erhöhung der Vergütung für die Planungsleistungen.

- ▶ Vollständiger Verzicht auf ÖPP beim Ausbau unserer Infrastruktur.
- ▶ Keine zusätzliche Belastung für die Bauhandwerksbetriebe durch Ausdehnung der Nutzerfinanzierung.
- ▶ Keine Ausdehnung der Maut auf Fahrzeuge unter 7,5 t.
- ▶ Praxisgerechte Standardisierung des BIM-Datenmodells in Bezug auf die Beschreibung von Bauwerken, Bauteilen, Bauprodukten sowie Kosten- und Zeitkategorien.

## **KLIMASCHUTZ-, UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK**

### **Durch intelligente Gebäudesanierung Klimaschutzziele erreichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen!**

- ▶ Einführung eines Bündels von Fördermaßnahmen zur Ankurbelung der energetischen Gebäudemodernisierung.
- ▶ Einführung einer steuerlichen Sonder-AfA für energetische Modernisierungsmaßnahmen auch bei selbstgenutztem Wohneigentum.
- ▶ Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung für eine wirtschaftliche Energiewende, Koppelung intelligenter Energiesysteme mit intelligenten Gebäuden und deren gebäudetechnischen Anlagen.
- ▶ Flexibilisierung der Anforderungen an die energetische Gebäudemodernisierung, so dass die Eigentümer nach qualifizierter Beratung in der Lage sind, die zur Erreichung der Vorgaben der energetischen Gebäude-regulierung technisch sinnvollen und wirtschaftlichen Optionen zu wählen (beispielsweise Verstärkung der Dämmung oder Verbesserung der Gebäudetechnik oder verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien).

### **Energieeffizienz braucht eine unabhängige Beratung.**

- ▶ Die unabhängige Gebäudeenergieberatung und die Erstellung von gebäudebezogenen Modernisierungsfahrplänen muss gefördert werden.

### **Ressourceneffizienz steigern.**

- ▶ Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft benötigen praktikable, an der bislang erfolgreichen Abbruch-, Bau- und Recyclingpraxis orientierte Regelungen.